

02/2025

SOZIALE FORTSCHRÈTT



Editorial

Im Alleingang?!
S. 2

Nationale Demo

28.06 um 11 Uhr in Lux-Stadt
Alle Informationen
S. 4

Ein kämpferischer 1. Mai

Gegen diese Regierungspolitik!
Für Solidarität, Demokratie und
soziale Gerechtigkeit!
S. 22



Patrick DURY
Nationalpräsident
des LCGB

Im Alleingang?!

“ In seiner Rede zur Lage der Nation kündigte der Premierminister die geplanten Maßnahmen zur Reform der Rentenversicherung und den Kollektivvertragsverhandlungen an. Konkret geht es um die Verlängerung der Versicherungszeiten, die erforderlich sind, um eine vorzeitige Altersrente beziehen zu können. Ohne hier näher auf die vorgeschlagenen Maßnahmen eingehen zu wollen, was aufgrund der vagen Äußerungen des Premierministers auch nicht möglich ist, lassen sich bereits jetzt mehrere Feststellungen treffen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen berücksichtigen weder das umfangreiche Dossier, das die Gewerkschaften OGBL und LCGB der Ministerin für soziale Sicherheit bei ihrem Treffen am 9. Oktober 2024 übergeben haben, noch die Vorschläge, die von den Teilnehmern der Konsultation „Schwätz mat!“ vorgebracht wurden.

Bis heute gab die Ministerin weder Antworten noch nahm Sie Stellung zu den verschiedenen Vorschlägen, die die Gewerkschaften vorgelegt haben, um unsere Rentenversicherung langfristig zu sichern und für die Herausforderungen der kommenden Jahre zu rüsten.

Angesichts der aktuellen Lage ist es mehr als offensichtlich, dass die breite öffentliche Konsultation nur ein einziges Ziel hatte: die Gewerkschaften außer Gefecht zu setzen, die einer Reform, die weder Hand noch Fuß hat und vor allem die Zukunft der jungen Generationen gefährdet, im Wege stehen.

Damit wird eine wesentliche Säule der Sozialpolitik im Bereich der Renten vollständig umgestürzt. Ein Arbeitnehmer, der eine 40-jährige Beitragszeit vorweisen kann und somit ab dem 57. Lebensjahr in den Vorruhestand gehen konnte, muss je nachdem 45 Jahre arbeiten und sein Renteneintrittsalter wird auf 62 Jahre angehoben. Diese Politik ist inakzeptabel und unzulässig und hat nichts mehr mit den wesentlichen

Elementen der sozialen Gerechtigkeit zu tun, für die sich die Gewerkschaften seit ihrer Gründung einsetzen.

Auch hinsichtlich einer möglichen Reform der Kollektivverträge bleibt die Lage unklar. Den Äußerungen des Premierministers, wonach die Gewerkschaften das ausschließliche Recht zur Aushandlung und Unterzeichnung von Kollektivverträgen behalten sollen, steht die Ankündigung gegenüber, dass auch Vereinbarungen zwischen einem Arbeitgeber und einer Personalvertretung geschlossen werden könnten.

Der Premierminister scheint auch nicht in der Lage zu sein, einen Konflikt zu entschärfen, der im Oktober 2024 von seinem Arbeitsminister aufgelöst wurde, und dies trotz 5 Treffen der Sozialrunde am 18. Oktober 2024, 14. Januar 2025, 14. März 2025, 26. März 2025 und 8. Mai 2025.

Ein weiterer Aspekt der Regierungspolitik im Rahmen des „neuen Sozialdialogs“ besteht darin, dass die Gewerkschaften OGBL und LCGB nach den verschiedenen Gesprächen systematisch keinerlei Rückmeldung mehr erhalten.

Das „Feedback“ erfolgt durch die Rede des Premierministers oder durch mehr oder weniger lautstarke Ankündigungen des Premierministers oder eines Ministers in der Presse.

Hinzu kommt, dass der Premierminister den Antrag der Gewerkschaften auf eine Tripartite zur Reform der Rentenversicherung per Brief abgelehnt hat.

Angesichts dieser mangelnden Ernsthaftigkeit, um nicht zu sagen Missachtung, die der Premierminister gegenüber den Gewerkschaften OGBL und LCGB und ihren rund 125.000 Mitgliedern an den Tag legt, hatten die beiden Gewerkschaften keine andere Wahl mehr.

Im Rahmen einer Pressekonferenz und mit einem Schreiben vom 23. Mai 2025 haben OGBL und LCGB den Premierminister darüber informiert, dass die beiden Gewerkschaften unter den gegebenen Umständen nicht mehr bereit sind, an Sitzungen der Sozialrunde oder des Ständigen Ausschusses für Arbeit und Beschäftigung (CPTÉ) teilzunehmen, solange die Regierung den seit ihrem Amtsantritt eingeschlagenen „Dialog mit tauben Ohren“ fortsetzt. Angesichts der Schwere der Angriffe der Regierung auf den nationalen Sozialdialog sehen wir uns derzeit nicht in der Lage, im Wirtschafts- und Sozialrat (CES) Stellungnahmen abzugeben. Was die Rentenreform und die verschiedenen Arbeitsgruppen zur Nationalen Gesundheitskasse (CNS) betrifft, werden OGBL und LCGB nicht mehr an isolierten Gesprächen mit der Ministerin für Gesundheit und soziale Sicherheit teilnehmen.

“ Die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB fordert den Premierminister auf, den tripartiten Koordinierungsausschuss einzuberufen, um einen qualitativ hochwertigen Austausch zu dritt zu führen und gemeinsam einen umfassenden Konsens über die Rentenreform, die finanzielle Tragfähigkeit der CNS, den Sozialdialog, das Arbeitsrecht (insbesondere das Gesetz über kollektive Arbeitsbeziehungen, Sonntagsarbeit und Öffnungszeiten) und die Steuerreform zu erzielen.

Es ist festzustellen, dass der amtierende Premierminister, im Gegensatz zu seinen Vorgängern Jean-Claude JUNCKER und Xavier BETTEL, nicht auf das seit mehr als 5 Jahrzehnten bewährte tripartite Modell setzt, das es ermöglicht hat, verschiedene Krisen zu überwinden.

Die Politik von Premierminister Luc FRIEDEN ist vor allem durch Alleingänge und einem für einen Premierminister, der die Angelegenheiten „wie ein guter Familienvater“ führen sollte, inakzeptablen Arbeitgeberansatz geprägt.

Dieser Ansatz lässt sehr zu wünschen übrig, da der Premierminister durch sein unberechenbares Handeln viele künstliche oder völlig überflüssige Probleme schafft.

Der Premierminister, seine Regierung und die Mehrheitsabgeordneten müssen sich nun ihrer Verantwortung stellen und können sich nicht länger hinter dem Alibi eines Sozialdialogs ohne jegliche Substanz verstecken.

Die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB ist sich ebenfalls ihrer Verantwortung bewusst und verteidigt das Sozialmodell sowie die Interessen der Arbeitnehmer und Rentner mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln.

Den Auftakt bildet die große nationale Demo am 28. Juni 2025, die nur der Anfang unserer gemeinsamen Aktion sein wird!

INHALT

4	Nationale Demo am 28.06
6	Gewerkschaftsfront & Aktualität
22	I. Mai-Fest
28	Kollektivverträge
32	Unternehmen
44	LCGB-Community, Grenzgänger & besondere Strukturen

Nationale Demo

28.06.25

Lux-Stadt | 11 Uhr

Start: Kreuzung Avenue de la Liberté - Avenue de la Gare (Spuerkeess - Filiale „Gare“)

Nutzen Sie auch die Shuttlebusse (Anmeldung erforderlich*)

- **10:00 Uhr - P+R Bouillon**
61, rue de Bouillon | L-1248 Luxembourg
- **09:00 Uhr - Clervaux Gare**
12, rue de la Gare | L-9707 Clervaux
- **08:50 Uhr - Z.I. Echternach - (vor dem Gebäude von Euro-Composites)**
2, rue Benedikt Zender | L-6468 Echternach
- **09:15 Uhr - Echternach - Parking du Lac**
30, rue des Romains | L-6478 Echternach
- **09:15 Uhr - Ettelbrück - Däichhal**
4, rue du Deich | L-9012 Ettelbruck
- **09:30 Uhr - Dudelange - Gare**
Avenue G.-D. Charlotte | L-3441 Dudelange
- **09:30 Uhr - Esch/Alzette - Haltestelle Auberge de Jeunesse**
60, Bd J. F. Kennedy | L-4170 Esch/Alzette
- **09:15 Uhr - Thionville - Kinopolis**
50, route d'Arlon | F-57100 Thionville
- **09:00 Uhr - Arlon - Maison de la Culture**
1, Parc des Expositions | B-6700 Arlon
- **09:00 Uhr - Trier - Messepark P+R**
1, In den Moselauen | D-54294 Trier
- **Alle 10 Minuten via Tram vom P+R Stade de Luxembourg - Ausstieg Haltestelle „Gare Centrale“**
420, route d'Esch | L-1470 Luxembourg-Gasperich

***LCGB Einschreibung via**
✉ pooladmin@lcgb.lu
☎ +352 49 94 24-224/-226/-307
oder via QR Code



gewerkschaftsfront.lu



Gegen diese

Regierungspolitik!

OGB·L
LCGB

Wir sind an einem Wendepunkt angelangt: Während die Welt, wie wir sie kennen, ins Wanken gerät, greifen die luxemburgische Regierung und das Patronat unser Sozialmodell und unsere Errungenschaften frontal an.

Unsere Renten sind in Gefahr!

Die von der Regierung eingeschlagene Richtung wird immer klarer: Anhebung des Renteneintrittsalters, massive Verschlechterung unseres allgemeinen und solidarischen Systems und keine Erhöhung der Mindestrente!

Unsere Löhne werden angegriffen!

Durch den Angriff auf die Kollektivvertragsrechte der Gewerkschaften, versuchen Regierung und Arbeitgeber, unser Sozialmodell zu zerstören, und gefährden massiv unsere Lohnbedingungen!

Unsere Arbeitszeit wird ausgehebelt!

Verallgemeinerung der Sonntagsarbeit, Liberalisierung der Öffnungszeiten im Handel, Einführung der Jahresarbeitszeit, Infragestellung der Ruhezeiten... Die Liste der Eingriffe in die Arbeitszeit ist lang. Von der Schwächung unserer Kollektivverträge ganz zu schweigen, die uns der völligen Gnade unserer Arbeitgeber ausliefern würde.

Unsere Kaufkraft leidet!

Durch ihre einseitige Entscheidung den Energiepreisdeckel abzuschaffen, hat die Regierung die Energiepreise absichtlich explodieren lassen, mit Preissteigerungen von teilweise über 30%. Als ob die Wohnungspreise nicht schon schlimm genug wären, belasten nun auch noch die Energiekosten unsere Kaufkraft.

Unsere Sozialversicherung steht vor der Zerschlagung!

Nicht nur unser Rentensystem wird attackiert, sondern auch unsere Sozialversicherung. So droht eine Verschlechterung der Leistungen unseres Gesundheitssystems. Darüber hinaus fordern die Arbeitgeber eine immer größere Hetzjagd auf Kranke und verlangen die Einführung von Karenztagen für kranke Arbeitnehmer!

Unsere Grundrechte werden in Frage gestellt!

Bettelverbot, Platzverweis, Infragestellung des Demonstrationsrechts, immer repressivere Migrationspolitik: Eine autoritäre Wende, auch in Luxemburg, die unsere offene und demokratische Gesellschaft gefährdet!

Unsere Existenzgrundlage ist bedroht!

Eine Wohnungskrise, die die Existenz Tausender Menschen gefährdet, und eine ökologische und klimatische Notlage, die unsere Lebensbedingungen bedroht und in erster Linie die Schwächsten trifft, sind zur Nebensache verkommen. Die Regierung greift lieber die Rechte und Errungenschaften derjenigen an, die mit ihrer Arbeit das Land voranbringen.

Für Solidarität, Demokratie und soziale

Gerechtigkeit!

Gemeinsam erheben wir unsere Stimme für unser Sozialmodell, eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft, Gleichheit sowie soziale Gerechtigkeit!

- **Für unser Sozialmodell, das auf Kollektivverhandlungen und Kompromisskultur im Interesse des Landes beruht.**
- **Für unsere Löhne und Arbeitsbedingungen!**
- **Für die Verteidigung unserer sozialen Errungenschaften, die über Jahrzehnte erkämpft wurden!**
- **Für unsere Kaufkraft!**
- **Für unsere Grundrechte und -freiheiten, für unsere Demokratie!**
- **Für ein solidarisches und allgemeines Sozialversicherungs- und Rentensystem!**
- **Für einen sozial gerechten Wandel!**
- **Für die Gleichstellung der Geschlechter!**

Sei mit dabei am 28. Juni, informiere und mobilisiere deine Kollegen und Freunde, sei aktiv!



**Gewerkschafts-
front
& Aktualität**



REDE ZUR LAGE DER NATION

**Der Premierminister bleibt standhaft:
Wir sehen uns am 28. Juni auf der
Straße!**

Die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB hat die Rede zur Lage der Nation, die Premierminister Luc FRIEDEN am 13. Mai 2025 gehalten hat, aufmerksam verfolgt und stellt leider fest, dass der Regierungschef die Gelegenheit nicht genutzt hat, um die sozialen Spannungen, die seine Regierung in den letzten Monaten ausgelöst hat, ein für alle Mal zu entschärfen. Ganz im Gegenteil!

Entgegen der Erklärung des Premierministers muss festgestellt werden, dass der Sozialdialog derzeit zum Stillstand gekommen ist. Trotz der anhaltenden Bemühungen der Gewerkschaftsfront in den letzten Monaten, den Sozialdialog mit der Regierung und den Arbeitgebern wieder in Gang zu bringen, bleibt der Premierminister hart und ignoriert einfach die Positionen der gewählten Vertreter der Arbeitnehmer und Rentner.

Angesichts der Behauptung des Premierministers, dass der Sozialdialog nicht mit einer Mitentscheidung gleichzusetzen sei (interessanterweise hatte der Präsident der UEL wenige Stunden zuvor im Radio dieselbe Formulierung verwendet), betonen die Gewerkschaften, dass der Geist des luxemburgischen Sozialmodells seit jeher in der Suche nach Kompromissen zwischen den Sozialpartnern besteht.

Um weiterzulesen, blättern Sie um.

Was die strittigen Fragen angeht, so hat der Premierminister trotz der wiederholten Warnungen der Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB und entgegen den Interessen der Arbeitnehmer die Absicht der Regierung bekräftigt, weiterhin die Agenda der Arbeitgeber zu verfolgen und an ihren Plänen festzuhalten:

- inhaltliche Infragestellung der Kollektivverträge und der diesbezüglichen Vorrechte der Gewerkschaften, was einem frontalen Angriff auf die Vergütungs- und Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer in Luxemburg gleichkommt;
- Liberalisierung der Sonntagsarbeit und der Öffnungszeiten im Handel, was für die betroffenen Arbeitnehmer jede Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zunichte macht (der Premierminister scheint sich auch nicht bewusst zu sein, dass zwischen Arbeitnehmern und ihrem Arbeitgeber ein Unterordnungsverhältnis besteht, wenn er von einer sogenannten „Wahlmöglichkeit“ oder einer sogenannten „Freiheit“ des Arbeitnehmers spricht).

Der Premierminister hat auch alle Befürchtungen bestätigt, die die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB in den letzten Monaten hinsichtlich der Zukunft unseres Rentensystems geäußert hat. Entgegen den Interessen der derzeitigen und künftigen Rentner plant die Regierung daher, unser solidarisches öffentliches Rentensystem zu verschlechtern, anstatt es zu stärken. Der Premierminister kündigt eine Erhöhung der Beitragsjahre an.

Konkret bedeutet dies, dass alle derzeitigen und künftigen Arbeitnehmer länger arbeiten müssen. Dies betrifft insbesondere junge Menschen und stellt die Solidarität zwischen den Generationen in Frage.

Eine Aufwertung der derzeit völlig unzureichenden Mindestrente wird hingegen ausgeschlossen, und die durch die Reform von 2012 eingeführten Verschlechterungen bleiben bestehen (drohende Kürzung oder sogar Wegfall der Rentenanpassung und der Jahresendzulage). Darüber hinaus beabsichtigt die Regierung, private Versicherungen zu fördern, indem sie diese für gut situierten Personen steuerlich attraktiver macht, was zu Lasten der öffentlichen Finanzen und des allgemeinen Rentensystems geht. Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit des Rentensystems hat die Gewerkschaftsfront eine Reihe von Vorschlägen zur Generierung neuer Einnahmen vorgelegt. Sie lehnt jedoch den vom Premierminister skizzierten Vorschlag ab, die Hälfte der CO₂-Steuereinnahmen, die eigentlich für Sozialmaßnahmen im Rahmen der Energiewende vorgesehen sind, umzuwidmen.

Angesichts der Ankündigungen des Premierministers in seiner Rede zur Lage der Nation hält die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB natürlich an der für den 28. Juni geplanten nationalen Demonstration fest und kündigt an, dass sie ihre Mobilisierung ab sofort intensivieren und alle Arbeitnehmer und Rentner zur massiven Teilnahme aufrufen wird.

Mitgeteilt am 13. Mai 2025



RÜCKBLICK



auf die Pressemitteilungen und Aktionen der Gewerkschaftsfront.

Gegen diese Regierungspolitik!

Für Solidarität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit!





NATIONALER SOZIALDIALOG

Die Gewerkschaftsfront reagiert auf die Ankündigungen der Regierung zur Zukunft unseres Rentensystems und zum nationalen Sozialdialog!

Seit Monaten führt die Regierung einen Monolog und distanziert sich gegenüber den Gewerkschaften mit einer Politik der vollendeten Tatsachen oder exklusiven Ankündigungen in der Presse, ohne vorherige Konsultationen, die diesen Namen verdienen.

Auf einer Pressekonferenz reagierte die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB auf die Ankündigungen des Premierministers im Rahmen der Erklärung zur Lage der Nation. Die Gewerkschaften stellen fest, dass hinsichtlich der Reform der Kollektivverträge weiterhin Unklarheit herrscht. Einerseits erklärt der Premierminister, dass die Gewerkschaften das exklusive Recht zur Aushandlung und Unterzeichnung von Kollektivverträgen behalten werden. Andererseits kündigt er an, dass auch Vereinbarungen zwischen einem Arbeitgeber und einer Personalvertretung geschlossen werden könnten.

In ähnlicher Weise stehen die ersten Grundzüge der Rentenreform in krassem Widerspruch zu den Forderungen und Erwartungen, die zahlreiche Interessengruppen im Laufe des Konsultationsprozesses „Schwätz mat!“ formuliert haben. Bis heute hat die Ministerin für Gesundheit und soziale Sicherheit noch nicht auf die 129-seitige gemeinsame Stellungnahme der Gewerkschaften reagiert.

Die Gewerkschaftsfront fordert daher die Einberufung des tripartiten Koordinierungsausschusses, um einen inten-

siven Austausch zu dritt zu führen und gemeinsam einen umfassenden Konsens über die Rentenreform, die finanzielle Tragfähigkeit der CNS, den Sozialdialog, das Arbeitsrecht (insbesondere das Gesetz über kollektive Arbeitsbeziehungen, Sonntagsarbeit und Öffnungszeiten) und die Steuerreform zu erzielen.

Alle bisherigen Bemühungen der Gewerkschaften zur Förderung und Wiederbelebung des nationalen Sozialdialogs sind nach diesem erneuten Angriff auf das luxemburgische Tripartitemodell gescheitert.

Weder die Sitzungen des Ständigen Ausschusses für Arbeit und Beschäftigung (CPTÉ) noch die vom Premierminister ursprünglich als „Sozialgespräche“ bezeichneten Treffen haben zu einem echten Sozialdialog geführt. Die verschiedenen Minister beschränken sich darauf, die Gewerkschaften einzuberufen, Stellungnahmen zu verlangen, um einen Dialog vorzutauschen, und dann ohne Rücksicht auf die Positionen der Gewerkschaften die Entscheidungen umzusetzen, die bereits vor jedem Austausch getroffen wurden.

Angesichts dieser wiederholten Erfahrungen in den letzten 18 Monaten ist der nationale Sozialdialog für die Gewerkschaften nun völlig zum Erliegen gekommen.

Vor dem Amtsantritt der aktuellen Regierung war der luxemburgische Sozialdialog stets von

der Suche nach Kompromissen zwischen der Regierung und den Sozialpartnern geprägt. Seit Ende 2023 ist der Sozialdialog auf eine reine Konsultation aus formalen Gründen reduziert worden.

Die Gewerkschaften wollen dieses Spiel des „Dialogs mit tauben Ohren“ nicht länger mitspielen und werden nicht mehr an Sitzungen teilnehmen, die von einem Pseudodiallog geprägt sind. Die Gewerkschaften fordern den Premierminister auf, Sitzungen des tripartiten Koordinierungsausschusses einzuberufen, um einen qualitativ hochwertigen Austausch zu dritt zu führen und gemeinsam einen umfassenden Konsens über die Rentenreform, die finanzielle Nachhaltigkeit der CNS, den Sozialdialog, das Arbeitsrecht (insbesondere das Gesetz über die kollektiven Arbeitsbeziehungen, die Sonntagsarbeit und die Öffnungszeiten) und die Steuerreform zu erzielen.

Stattgefunden am 23. Mai 2025



QUADRIPARTITE

Die nationale Gesundheitskasse am Abgrund: Frau Ministerin, handeln Sie endlich!

Obwohl die finanzielle Lage der Nationalen Gesundheitskasse (CNS) eindeutig dringenden Handlungsbedarf erfordert, lässt sich die Ministerin für Gesundheit und Soziale Sicherheit viel Zeit, um Maßnahmen zu ergreifen. Die Finanzprognosen der CNS gehen von einem kumulierten Defizit von fast 1 Milliarde € für die Jahre 2025 bis 2028 aus.

Bei unveränderter Politik würde die gesetzliche Mindestliquidität bereits 2027 nicht mehr eingehalten und die Reserven der Kranken- und Mutterschaftsversicherung könnten Ende 2028 sogar vollständig aufgebraucht sein. Darüber hinaus wurden die seit Jahren versprochenen Leistungsverbesserungen noch immer nicht umgesetzt, während die Versicherten weiterhin die Beitragserhöhungen und Beteiligungen aus der Reform von 2011 tragen müssen.

Bereits im Herbst 2024 kritisierte die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB die zunehmende Verwendung von Sozialbeiträgen zur Finanzierung von Ausgaben aus dem Staatshaushalt, was zur Erosion der Finanzen der CNS beiträgt.

Sie fordern insbesondere die Übertragung bestimmter Lasten in den Staatshaushalt wie z. B. die Verwaltungskosten der CNS oder die Kosten für Investitionen in bewegliches und unbewegliches Krankenhausvermögen bzw. die regelmäßige Anpassung der Mutterschaftszulage an die tatsächlichen Kosten. Die Beibehaltung dieser Ausgaben zulasten der CNS stellt eine ungerechtfertigte Belastung dar, die auf über 100 Millionen € pro Jahr geschätzt wird.

Angesichts dieser Situation fordern die Gewerkschaften, dass der Staat bereits in diesem Jahr mit einer Sonderzuwendung aus dem Haushalt eingreift, um diese Ausgaben, die nicht in den Bereich der Krankenversicherung fallen, zu bereinigen.

Eine weitere Maßnahme auf der Einnahmenseite besteht darin, die Obergrenze für Sozialabgaben über das Fünffache des sozialen Mindestlohns hinaus aufzuheben, was zusätzliche Einnahmen von mehr als 300 Millionen € pro Jahr generieren könnte.

Die Gewerkschaften lehnen jede weitere Senkung der Erstattungen entschieden ab, zumal die Verschlechterung der Erstattungen von 2011 gerade erst ausgeglichen wurde.

In diesem Zusammenhang weisen die Gewerkschaften erneut darauf hin, dass die Versicherten im Durchschnitt 50 % der Kosten für Zahnbehandlungen und 75 % der Kosten für Sehhilfen selbst tragen. Die seit 2016 versprochenen Leistungsverbesserungen sind grösstenteils noch immer nicht umgesetzt worden.

Angesichts der alarmierenden finanziellen Lage der CNS fordern die Gewerkschaften eine rasche Entscheidung der Ministerin für Gesundheit und soziale Sicherheit, um sicherzustellen, dass die Sanierung der CNS nicht auf Kosten der Versicherten geht und die seit Jahren versprochenen Leistungsverbesserungen endlich umgesetzt werden.

Zusammenfassung der gemeinsamen Position der Gewerkschaften, die bei der Quadripartite am 21. Mai 2025 vertreten wurde



FANGER EWECH VUN EISE PENSIONEN!

Der Premierminister hat einen Frontalangriff auf unser Rentensystem angekündigt.

Nach monatelangen Scheinkonsultationen und obwohl weder die Wahlprogramme der beiden Regierungsparteien noch die Koalitionsvereinbarung dies vorsahen, kündigte der Premierminister Mitte Mai einen Frontalangriff auf unser Rentensystem an.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen, die während der langen Monate der öffentlichen Konsultation und der Arbeit in „Experten-Gruppen“ diskutiert wurden, basiert die angekündigte Reform im Wesentlichen auf einer deutlichen Verlängerung der Beitragsdauer. Dies steht nicht nur im Widerspruch zu den von den Gewerkschaften ausgearbeiteten Reformvorschlägen, sondern auch zu den Ergebnissen einer aktuellen Umfrage, wonach eine Mehrheit eher eine Erhöhung der Beitragssätze befürworten würde. Konkret bedeutet dies, dass die überwiegende Mehrheit der derzeitigen und künftigen Arbeitnehmer sowie Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst länger arbeiten müssen, um Anspruch auf eine volle Rente zu haben.

Von diesem antisozialen Projekt sind natürlich vor allem die jungen Generationen betroffen. Es handelt sich um einen regelrechten Angriff auf jeden Gedanken der Solidarität zwischen den Generationen, die

eine tragende Säule unseres öffentlichen und solidarischen Rentensystems ist.

Für die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB ist es inakzeptabel, dass die Hauptlast dieser ungerechten Reform auf den Schultern der jungen Menschen lastet, obwohl sie bereits unter starkem Druck in Bezug auf Beschäftigung, Wohnen und Kaufkraft stehen und durch die Reform von 2012 ohnehin schon stark benachteiligt wurden.

Vor diesem Hintergrund ruft die Gewerkschaftsfront alle jungen Menschen, aber auch alle, die sich mit ihren Kindern und Enkelkindern solidarisch fühlen, dazu auf, sich massiv zu mobilisieren und an der großen nationalen Demonstration am 28. Juni in Luxemburg teilzunehmen.

Während die Beitragsdauer schrittweise erhöht werden soll, wird die Mindestrente nicht angehoben. Dabei reicht die Mindestrente, die überwiegend Frauen betrifft, in Luxemburg nicht aus, um ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Das scheint die Regierung Frieden nicht zu stören.

Die vollständige Beibehaltung der Reform von 2012 bedeutet hingegen, dass die An-

passung der Renten möglicherweise wegfällt – somit sind auch die derzeitigen Rentner von den Ankündigungen aus der Rede zur Lage der Nation betroffen.

Während die Regierung bisher keine klare Farbe bekennen wollte und Vertreter der Regierungsparteien zeitweise angedeutet hatten, dass der öffentliche Dienst verschont bleiben würde, ist nun klar, dass er genauso betroffen sein wird wie die allgemeine Rentenversicherung.

Es ist daher auch klar, dass die Beschäftigten des privaten Sektors und die Beamten gemeinsam für die Verteidigung eines öffentlichen und solidarischen Rentensystems kämpfen müssen, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht und auf der Solidarität zwischen den Generationen beruht.

In diesem Sinne reicht die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB allen interessierten Organisationen und Personen die Hand und ruft zur massiven Teilnahme an der großen nationalen Demonstration am 28. Juni auf.

Mitgeteilt am 19. Mai 2025



RENTENREFORM

Schwätz mat - Mee bleif doheem!

„Anpassungsfähigkeit des Renteneintrittsalters“, so lautete das Thema des ersten Expertentreffens im Rahmen der Konsultation zum Rentensystem in Luxemburg.

Dabei war es Martine DEPREZ, Ministerin für Gesundheit und soziale Sicherheit, die einige Monate zuvor in einem der vielen ungeschickten „Teaser“ in der Presse behauptet hatte, sie wolle das Renteneintrittsalter nicht antasten. Hat die Ministerin plötzlich ihren Kurs geändert? Nein, es scheint sich schlicht und einfach um ein gut koordiniertes politisches Manöver zu handeln.

Bei genauerem Hinsehen wird die Farce, die sich derzeit unter dem Vorwand von Konsultationen rund um eine mögliche Rentenreform abspielt, noch deutlicher. Die drei landesweit repräsentativen Gewerkschaften OGBL, LCGB und CGFP stellen fest, dass die Expertensitzungen, die als Raum für einen konstruktiven Dialog gedacht sind, in Wirklichkeit nur ein orchestriertes Spektakel sind, dessen Drehbuch im Voraus geschrieben zu sein scheint. Alles ist gut eingespielt: gut ausgewählte Schauspieler, kalibrierte Dialoge und vor allem ein Endergebnis, das bereits in Stein gemeißelt zu sein scheint.

Indem die Regierung verschiedene „Experten“, die willkürlich ausgewählt wurden, auf eine Stufe mit den Gewerkschaften stellt, tritt sie einmal mehr das Modell des luxemburgischen Sozialdialogs mit Füßen und gefährdet ernsthaft den sozialen Frieden. Dieses Modell, das über Jahrzehnte hinweg ein solides und ausgewogenes Rentensystem aufgebaut hat, wird nun systematisch zersetzt, nur um es zu schwächen.

Es sei daran erinnert, dass die Verwaltung der Pensionskasse, ebenso wie die der anderen Kassen der Sozialversicherung, auf einem Grundprinzip beruht: der Mitverwaltung durch die Sozialpartner. Die Anzahl der Vertreter der Arbeitnehmerseite in den verschiedenen Verwaltungsräten wird durch zwei demokratische Wahlen bestimmt, nämlich die der Arbeitnehmerkammer und die der Kammer der Beamten und öffentlichen Angestellten. Indem die Regierung denselben Sozialpartnern die Einladung ihrer wichtigsten Vertreter, die tagtäglich mit der Verwaltung der Sozialversicherung betraut sind, verweigert, zielt sie bewusst darauf ab, die Stimme der Gewerkschaften zu verwässern und sie an den Rand zu drängen.

Der Rahmen der Gespräche bestätigt diesen Eindruck. Indem die Ministerin das erste Treffen auf die „Anpassungsfähigkeit des Renteneintrittsalters“ konzentriert, ignoriert sie schlichtweg die im Oktober 2024 veröffentlichte und vorgelegte Mitteilung der Gewerkschaften über das Rentensystem, die bewiesen hat, dass die Anhebung des Renteneintrittsalters die Herausforderungen der finanziellen Nachhaltigkeit des Rentensystems keineswegs löst. Dies wurde auch von der IGSS in ihrem technischen Bericht aus dem Jahr 2022 bestätigt.

Darüber hinaus stellen der OGBL, der LCGB und die CGFP ernsthaft in Frage, dass die öffentliche Online-Konsultation „Schwätz mat!“ zu den Themen der Expertentreffen geführt hätte. Wir erinnern daran, dass fast die Hälfte der Teilnehmer ihre Unterstützung für die von den Gewerkschaften vertretenen Positionen zum Ausdruck gebracht hatte. Dennoch fehlten diese Meinungen seltsamerweise bei der

Auswahl der diskutierten Themen. Ein seltsamer Zufall oder eine wohlüberlegte politische Strategie?

Doch damit ist die Vorbereitung der Regierung für den Austausch noch nicht erschöpft. In ihrem Versuch, die Diskussionen von Anfang an zu lenken, wagt es die Regierung, Scheinargumente vorzubringen, wie etwa die Idee, dass längeres Arbeiten der Gesundheit der Arbeitnehmer förderlich sei. Eine Aussage, die einerseits überhaupt nicht in einem angeblich neutralen Dokument stehen sollte und die vor allem durch zahlreiche Studien widerlegt wird, die im Gegenteil die negativen Auswirkungen einer längeren Lebensarbeitszeit auf die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeitnehmer belegen.

Im Klartext heißt das, dass die Regierung uns eine gut durchdachte Geschichte verkaufen will, indem sie das Gewicht der Sozialpartner stark einschränkt, um die bereits im ersten Akt geschriebenen Schlussfolgerungen besser validieren zu können. OGBL, LCGB und CGFP prangern diese politische Maskerade an, die nur darauf abzielt, die sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer zu schwächen.

Das luxemburgische Modell des Sozialdialogs, das auf Konzertierung und geteilter Verantwortung beruht, darf nicht auf dem Altar einer voreingenommenen Politik geopfert werden, die sich von den Realitäten der Arbeitnehmer abkoppelt.

Mitgeteilt am 14. März 2025

KOLLEKTIVVERTRÄGE

Die Gewerkschaftsfront fordert eine feste Zusage des Arbeitsministers vor weiteren Diskussionen im CPTÉ.

Der Arbeitsminister berief für den 4. März 2025 eine weitere Sitzung des Ständigen Ausschusses für Arbeit und Beschäftigung (CPTÉ) ein, ohne jedoch die derzeit strittigen Dossiers auf die Tagesordnung zu setzen, insbesondere die Diskussion über eine Reform des Gesetzes über Tarifverhandlungen.

Die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB möchte darauf hinweisen, dass sie vor jeder weiteren Diskussion im CPTÉ die Regierung auffordert, das Recht der national repräsentativen Gewerkschaften auf Unterzeichnung und Aushandlung von Kollektivverträgen zu garantieren und sich dafür einzusetzen, dass der Inhalt der Kollektivverträge (Art. L. 162-12 des Arbeitsgesetzbuches) nicht eingeschränkt wird.

In einem Schreiben vom 26. Februar an den Minister betonten die beiden national repräsentativen Gewerkschaften, dass sie diesbezüglich eine feste und unmissverständliche Zusage von ihm erwarten.

Der OGBL und der LCGB fordern den Arbeitsminister außerdem auf, mehrere aktuelle Dossiers auf die Tagesordnung der nächsten CPTÉ-Sitzungen zu setzen, nämlich:

- den Gesetzesentwurf 8479 zur Einführung eines Online-Antrags auf volles Arbeitslosengeld (dieser Entwurf wurde im CPTÉ nicht diskutiert, obwohl er voll und ganz in seine gesetzlichen Aufgaben fällt);
- Umsetzung der EU-Richtlinie über die Arbeit von Plattformen in nationales Recht;
- Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Dialogs gemäß Artikel 11 der Empfehlung des Rates vom 12. Juni 2023 zur Stärkung des sozialen Dialogs in der Europäischen Union;
- die Wiederbelebung des ADEM-Begleitausschusses, eines tripartiten besetzten Gremiums, das die Erfüllung der der Agentur für Beschäftigungsentwicklung übertragenen Missionen und Aufgaben begleiten und bewerten soll - dieses Gremium wurde seit vielen Jahren nicht mehr einberufen;
- die Neudefinition der Rolle der Arbeits- und Bergbauaufsichtsbehörde (ITM);
- die Überarbeitung der Rechtsvorschriften zur Arbeitsplatzhaltung sowie zum Plan zur Arbeitsplatzhaltung und zum Sozialplan, um die Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten besser zu gewährleisten.

Mitgeteilt am 3. März 2025



Weitere
Fotos auf
lcbg.lu

GRENZÜBERSCHREITENDE ARBEIT

Die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB setzt sich für die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer, Grenzgänger und Einwohner, ein.



In Luxemburg ist die grenzüberschreitende Arbeit eine maßgebliche Komponente des Arbeitsmarkts. Im ersten Quartal 2024 gab es in Luxemburg 226.709 Grenzgänger, was etwa 47% der Gesamtbeschäftigung entspricht.

Da Grenzgänger ebenso wie alle anderen Arbeitnehmer ihre Steuern und Sozialbeiträge in Luxemburg zahlen und die luxemburgische Wirtschaft von diesen Arbeitskräften abhängt, vertreten LCGB und OGBL die Position, dass die Grenzgänger über die gleichen Rechte und Pflichten wie die in Luxemburg ansässigen Arbeitnehmer verfügen sollten.

Seit 2019 herrscht Unsicherheit über die Auswirkungen des französisch-luxemburgischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Grenzgängern. Durch die Ände-

rung der Methode zur Beseitigung der Doppelbesteuerung ist eine Erhöhung der Steuerlast für französische Grenzgänger mit gemischten luxemburgischen und französischen Einkommen sehr wahrscheinlich.

Für den OGBL und den LCGB handelt es sich hierbei um eine neue Diskriminierung gegenüber den Grenzgängern.

Der LCGB und der OGBL haben diese Situation sofort angeprangert und mehrere Aktionen seitens der luxemburgischen und französischen Verantwortlichen unternommen, um diese Situation zu korrigieren.

Die Folge war, dass die Bestimmungen zur Beseitigung der Doppelbesteuerung für die Steuerjahre 2021, 2022 und 2023 ausgesetzt wurden.

Parallel dazu war eine Studie über die Auswirkungen des neuen Steuerabkommens vor der endgültigen Anwendung der neuen Bestimmungen des Steuerabkommens vorgesehen. Da diese Studie noch immer fehlt, wurde die Aussetzung für das Steuerjahr 2024 nicht mehr verlängert.

In Abwesenheit einer Folgenabschätzung dieser neuen Besteuerungsregeln und in Anbetracht der ersten konkreten ungünstigen Fälle, die 2021 aufgetreten sind, fordert die Gewerkschaftsfront:

- die Verlängerung der Aussetzung der neuen Besteuerungsregeln;
- die Durchführung einer Folgenabschätzung dieser neuen Regeln, wie sie 2021 vereinbart wurde;
- eine Neuverhandlung des bilateralen französisch-luxemburgischen Abkommens, um zu den alten Besteuerungsregeln zurückzukehren.

Darüber hinaus fordert die Gewerkschaftsfront die luxemburgische Regierung auf, sich für Folgendes einzusetzen:

- eine grenzüberschreitende Politik, die allen Arbeitnehmern die gleichen Steuer- und Sozialleistungsrechte und die Möglichkeit zur Telearbeit garantiert;
- die Neuverhandlung der Steuerabkommen und der damit verbundenen Vereinbarungen mit Frankreich, Belgien und Deutschland, um jegliche steuerliche Diskriminierung schnell zu beenden.

Mitgeteilt am 21. März 2025



Weitere Fotos auf [lcgb.lu](https://www.lcgb.lu)



DIENSTLEISTUNGEN & HANDEL

Bei verschiedenen Aktionen der Gewerkschaftsfront setzen sich die Delegierten des Handelssektors für die Verteidigung ihrer Errungenschaften und Grundrechte ein.



Große Verteilaktion an den Bahnhöfen

Bei einer großen Verteilaktion an den Bahnhöfen der Grenzregion (Thionville, Longwy, Arlon und P+R Wasserbillig) informierten die Delegierten des LCGB über die geplante totale Liberalisierung der Öffnungszeiten im Handel.

Mobile Protestaktion in den Einkaufszentren

Mit einer mobilen Protestaktion in den großen Einkaufszentren der Stadt Luxemburg hat die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB die Arbeitnehmer der Geschäfte über den Angriff der Regierung auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer im Handel informiert.

Durch die geplante Reform der Öffnungszeiten und Sonntagsarbeit im Handel würden die liberalsten Regeln in der gesamten Großregion eingeführt, gleichzeitig aber auch die Arbeitsbedingungen erheblich verschlechtert und jedes Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben zerstört werden. Im Rahmen der gewerkschaftlichen Aktionen, um unsere Rechte und Errungenschaften zu schützen, sagen wir NEIN zur Liberalisierung der Öffnungszeiten.





FINANZSEKTOR

Mobilisierung der Delegierten für die Demonstration am 28. Juni 2025.

In einem Kontext wachsender sozialer Spannungen mit der Regierung haben die Gewerkschaften LCGB und OGBL ihre Kräfte in einer bedeutenden Versammlung gebündelt.

Hauptziel dieser Versammlung war es, die Beschäftigten des Finanzsektors im Hinblick auf die für den 28. Juni 2025 geplante große nationale Demonstration zu mobilisieren. Die Gewerkschaftsfront betonte dabei die entscheidende Bedeutung dieser kollektiven Aktion, um die wachsende Unzufriedenheit mit den aktuellen Angriffen seitens der Regierung zum Ausdruck zu bringen.

- » Für den Erhalt von Kollektivverträgen, die ihren Namen verdienen.
- » Für unser Sozialmodell, das auf Kollektivverhandlungen und Kompromisskultur im Interesse des Landes beruht.
- » Für unsere Löhne und Arbeitsbedingungen.
- » Für einen sozial gerechten Wandel.

Nehmen Sie an der großen nationalen Demonstration am 28. Juni 2025 um 11:00 Uhr in Luxemburg-Stadt teil.

Es geht um Ihre Rechte, um Ihre Renten, um Ihre Freiheiten, um Ihren Lohn! Seien Sie mit dabei!



VOR ORT

Auch bei traditionellen Veranstaltungen nutzen die Delegierten die Gelegenheit für die nationale Demo zu mobilisieren.



Fatima-Pilgerfahrt in Wiltz

Die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB nahm am 29. Mai 2025 an der Fatima-Pilgerfahrt teil, um mit den Menschen zu sprechen und über die nationale Demonstration vom 28. Juni zu informieren.

ING Marathon

Die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB feierte am Abend des 31. Mai 2025 Abend die Läufer des 18. ING Marathons an. Gleichzeitig wurde über das nächste wichtige Ereignis informiert: die nationale Demonstration am 28. Juni 2025 in der Stadt Luxemburg.





Mobilisierung für die nationale Demo

- 1 CFL multimodal
- 2-4 LCGB-Dienstleistungen & Handel
- 5-6 Stadt Luxemburg
- 7 ProActif
- 8 Webasto
- 9-10 LCGB-Bau & Handwerk
- 11 Autopolis
- 12 Car Avenue
- 13 POST Luxembourg
- 14 Emile Weber
- 15-16 Sales-Lentz
- 17 CHEM
- 18 LPEM
- 19-21 LCGB-Gebäudereinigung
- 22 Les Jardins d'Alysea





DELEGIERTENKONFERENZ

Mobilisierung des LCGB für den 1. Mai und den 28. Juni.



Am 22. April 2025, trafen sich rund 140 Delegierte des LCGB, um mehr Informationen über die Organisation des 1. Mai und die große nationale Demonstration am 28. Juni zu erfahren.

Patrick DURY, LCGB-Nationalpräsident, betonte die wichtige Rolle der Delegierten, im Rahmen der Mobilisation der beiden Veranstaltungen und dass der Einsatz jedes Einzelnen wichtig ist, um den Angriff der Regierung auf die Gewerkschaften und die sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer zu stoppen.

Generalsekretär Francis LOMEL informierte anschließend über den bisherigen Stand der Organisation. Eine regelmäßige Information der Delegierten wird auch weiterhin erfolgen. Einige Delegierte aus den Bereichen Transport, Handel, Banken usw. bekamen die Gelegenheit ihre persönliche Motivation für ihren gewerkschaftlichen Einsatz und Teilnahme an den kommenden Aktionen gegen diese Regierungspolitik und für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Demokratie auszudrücken.



AKTUALISIERUNGEN AUFGRUND DES NEUEN INDEX 01.05.2025

Am 1. Mai 2025 ist eine neue Indexstufe in Kraft getreten. Der Anwendungswert der gleitenden Lohnskala steigt damit von 944,43 Punkten auf 968,04 Punkte.

Die aktualisierten Dokumente finden Sie auf www.lcgb.lu unter der Rubrik „Veröffentlichungen“ oder scannen Sie den QR-Code:



Zu den Rapidos

Zur Broschüre
„Ihre Sozialleistungen“



DER LCGB STELLT SEIN NEUES ORGANIGRAMM VOR

Im Anschluss an den 61. LCGB-Nationalkongress hat der LCGB-Zentralvorstand am 17. März 2025 einstimmig das neue Organigramm des Exekutivkomitees verabschiedet.

Der LCGB erhält somit einen neuen Vorstand, der sich aus Nationalpräsident Patrick DURY, Generalsekretär Francis LOMEL und den Vorstandsmitgliedern Christophe KNEBELER, zuständig für die Sozialpolitik, Robert FORNIERI, zuständig für die Tarifpolitik, Maria MENDES, zuständig HR und Maria-Helena MACEDO, zuständig für die Digitalisierung und die Vorbereitung der Sozialwahlen, zusammensetzt.

Gleichzeitig wählte der Zentralvorstand einstimmig die Kollegen Maria Do Rosario CABRAL FARIAS und Benoît MIGEAUX zu Vizepräsidenten.

Die neue Vizepräsidentin Maria Do Rosario CABRAL FARIAS ist freigestellte Delegierte bei WISAG und Präsidentin des LCGB-Frauen. Vizepräsident Benoît MIGEAUX ist freigestellter Delegierter bei der BIL und Vorsitzender des LCGB-SESF.

INTERNATIONALER FRAUENTAG: DER LCGB BEIM FRAUENSTREIK

Etwa 5.000 Personen nahmen am Frauenstreik in Luxemburg-Stadt anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2025 teil. Auch der LCGB war vor Ort, um:

- die Lohngleichheit zu verteidigen;
- gegen alle Formen der Diskriminierung zu kämpfen;
- ein integratives Arbeitsumfeld zu fördern;
- die Rechte der Frauen zu unterstützen.

Es reicht jedoch nicht aus, einmal im Jahr für die Rechte der Frauen einzutreten. Der Kampf für die Rechte der Frauen muss täglich geführt werden! In diesem Sinne setzt sich der LCGB dafür ein, gegen die Unterbewertung der Frauenarbeit zu kämpfen und die Arbeitsbedingungen an die familiären Zwänge anzupassen.

Nicht zu vergessen ist hierbei der Einsatz des LCGB gegen die vollständige Liberalisierung der Öffnungszeiten im Handel wie es derzeit von der Regierung geplant ist. Die Durchsetzung einer solchen Reform hätte dramatischen Auswirkungen insbesondere für Frauen und Grenzgänger, die mehrheitlich in diesem Bereich arbeiten. Die Organisation der täglichen Arbeitszeit würde noch komplizierter.



Besuche DeinLCGB.lu und logge dich ein!

- Verfügbar in Deutsch, Französisch, Englisch und Portugiesisch
- Terminvereinbarungen und Videokonferenzen
- Verwaltung deines Dossiers in einem gesicherten Bereich
- Direkter Kontakt dank Nachrichtenfunktion für LCGB-Mitglieder



Entdecke „DeinLCGB“
Alle Leistungen des LCGB in deiner Tasche





ONGD GUIDEN A SCOUTEN FIR ENG WELT

Nahrungsmittelhilfe für Talibé-Kinder: Eine Initiative zur Stärkung der Selbstständigkeit der Daaras.



In der Gemeinde Mboro, wo die NGO Jeunesse et Développement (JED) 8 der insgesamt 74 Koranschulen (Daaras) mit Alphabetisierungskursen begleitet und betreut, wurde ein innovatives Programm ins Leben gerufen, um Talibé-Kinder zu unterstützen. Ziel ist es, ihre Ernährung zu verbessern und ihnen gleichzeitig Kompetenzen für eine bessere Zukunft zu vermitteln, um so ihre Selbstständigkeit zu fördern.

Talibé-Kinder, Schüler von Koranschulen, werden oft gezwungen, auf der Straße zu betteln, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Früher als Lektion in Demut angesehen, ist diese Praxis heute zu einem großen sozialen Problem geworden. Um darauf zu reagieren, hat JED mit Unterstützung der NGO Guiden a Scouten fir ENG Welt das Programm „Nahrungsmittelhilfe für Talibé-Kinder“ ins Leben gerufen, das Nahrungsmittelhilfe und berufliche Eingliederung miteinander verbindet.

Eine nachhaltige Alternative zum Betteln

Dieses Programm ermöglicht 100 Kindern aus 10 Daaras eine Ausbildung in Geflügelzucht, Gemüseanbau und Alphabetisierung. Dank eines vom CIFOP (Centre Internatio-

nal de Formation Professionnelle) eingerichteten Schulfeldes lernen diese Jugendlichen, Geflügel zu züchten und Gemüse anzubauen, zwei Tätigkeiten, die für ihre Ernährungssicherheit unerlässlich sind. Nach ihrer Ausbildung werden die Kinder dabei unterstützt, diese Praktiken in ihren jeweiligen Daaras anzuwenden.

Zusätzlich zur Ausbildung in diesen Berufen organisiert das Programm gemeinsame Mahlzeiten, die mit den von den Kindern selbst geernteten Lebensmitteln zubereitet werden. Dies verbessert nicht nur ihre Ernährungssituation, sondern verringert auch ihre Abhängigkeit vom Betteln.

Ein Modell mit Zukunft

Diese Initiative ist Teil einer Dynamik zur Modernisierung der Daaras und zum Schutz der Kinderrechte. Es bleiben jedoch Herausforderungen: Der Mangel an Ressourcen, die Notwendigkeit einer langfristigen Begleitung und das Engagement der Behörden sind Faktoren, die berücksichtigt werden müssen, um die Nachhaltigkeit dieses Projekts zu gewährleisten.

Für Mansour DÈME, Koordinator von JED in der Region Thiès, besteht das Ziel darin, zu zeigen, dass ein Bildungsmodell, das religiöse Ausbildung und das Erlernen landwirtschaftlicher Berufe verbindet, tragfähig ist. „Wir hoffen, dass diese Erfahrung auf andere Daaras ausgeweitet werden kann“, erklärte er.

Mit diesem Programm legt Jeunesse et Développement den Grundstein für eine nachhaltige Lösung zur Verbesserung des Alltags der Talibé-Kinder. Nun gilt es, weitere Akteure zu mobilisieren, um die Kontinuität und Ausweitung dieser wichtigen Initiative zu gewährleisten.

Eine bessere Zukunft für Talibé-Kinder

Mit diesem Projekt beschränkt sich JED nicht darauf, Nahrungsmittelhilfe zu leisten, sondern schafft einen echten Mechanismus zur Selbstermächtigung, indem es diesen Kindern ermöglicht, eine Ausbildung zu erhalten, praktische Fähigkeiten zu entwickeln und sich aus der Bettelei zu befreien. Dieses Modell könnte zu einem Vorbild für andere Regionen Senegals und sogar darüber hinaus werden und damit neue Perspektiven für die Zukunft Tausender Talibé-Kinder eröffnen.

Wenn Sie den Verein „Guiden a Scouten Fir ENG Welt“ unterstützen möchten, können Sie eine Spende auf folgendes Konto überweisen:
IBAN :
LU54 1111 0882 8010 0000
BIC : CCPLLULL

1. Mai-Feier





EIN KÄMPFERISCHER 1. MAI

**Gegen diese Regierungspolitik!
Für Solidarität, Demokratie und soziale
Gerechtigkeit!**

Mehr als 1.200 Delegierte, Mitglieder und Militanten kamen am 1. Mai in Remich im Zelt zusammen, um am Tag der Arbeit Geschlossenheit zu demonstrieren.

Diese Veranstaltung, die zu einem unumgänglichen Termin im Gewerkschaftskalender geworden ist, wurde mit einer engagierten Rede von Patrick DURY, Nationalpräsident der Gewerkschaft, eröffnet, die ganz im Zeichen der massiven Angriffe auf die sozialen Errungenschaften und Rechte durch die Regierungspolitik stand.

Als Auftakt seiner Rede sprach Patrick DURY die wichtigsten internationalen Anliegen an. Er warnte vor dem beunruhigenden Aufstieg der extremen Rechten in Europa und den Folgen des von US-Präsident Donald TRUMP geführten Zollkrieges. Angesichts dieser Herausforderungen betonte er die Notwendigkeit einer verstärkten Solidarität unter den Europäern und rief zu einem echten Geist der gegenseitigen Unterstützung angesichts der wachsenden Spaltungen auf.

Das luxemburgische Sozialmodell als Garant für sozialen Frieden

Der Schwerpunkt seiner Rede lag aber auf der Bedrohung des Sozialmodells in Luxemburg und den nationalen Herausforderungen. Er sparte nicht mit Kritik an der Regierung, die eine Politik zugunsten der Arbeitgeber betreibt und die Gewerkschaften als eine vernachlässigbare Größe darstellt.

Um weiterzulesen, blättern Sie um.

Die luxemburgische Regierung nutzt die EU-Richtlinie 2022/2041 über angemessene Mindestlöhne, um die Kollektivverträge aufzuweichen. Patrick DURY betont: „...in Luxemburg wird zum ersten Mal eine Richtlinie missbraucht, um die bestehende Situation zu verschlechtern“.

Auch in der Rentendebatte wird das luxemburgische Tripartite-Modell mit drei Partnern auf Augenhöhe durch eine bloße Show, eine Art Volkstheater, ersetzt.

Und während bei den Renten Alarmismus angesagt ist, werden die entscheidenden Probleme der sozialen Sicherheit, nämlich die Finanzierung der Gesundheitskasse, ignoriert. Die Ministerin hat den Überblick bei der Gesundheitskasse verloren und nur dank des brachialen Einsatzes der Sozialpartner in der CNS wurde sie wieder auf Kurs gebracht.

„Außerdem stehen nicht nur die Gewerkschaftsrechte und -freiheiten auf dem Spiel. Es geht um Arbeitsbedingungen und Löhne, um soziale Sicherheit, Renten und Gesundheitsversicherung für alle Menschen, die hier im Land gegen Lohn arbeiten oder gearbeitet haben“, betonte Patrick DURY und aus all diesen Gründen ist es eine Verpflichtung, mit den Kollegen des OGBL in der Gewerkschaftsfront OGBL/LCGB zusammenzuarbeiten.

Der LCGB sei bereit, zusammen mit dem OGBL, vereint in der Gewerkschaftsfront, bis zum Äußersten zu gehen, um die Rechte der Arbeitnehmer zu verteidigen.

Bevor er seine Rede beendete, wiederholte Patrick DURY mit Nachdruck, dass die Regierung sich für das Sozialmodell einsetzen müsse, d.h. das Prinzip der Tripartite mit drei gleichberechtigten Partnern und jeden Angriff auf das Kollektivvertragsgesetz sofort einstellen müsse.

Dies können wir nur gemeinsam und mit einer zahlreichen Mobilisierung für die nationale Demonstration am 28. Juni um 11.00 Uhr in Luxemburg-Stadt erreichen.

EINDRÜCKE DES 1. MAI-FESTS

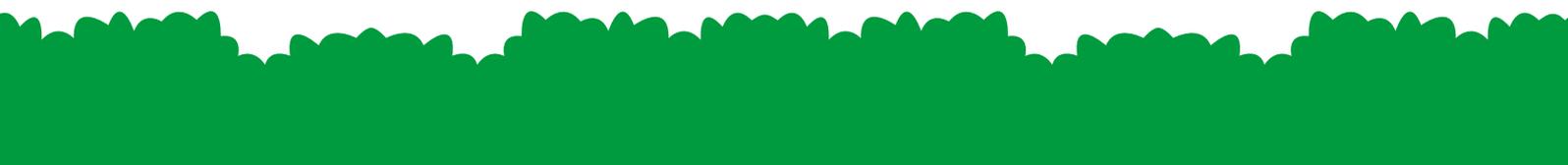
Ein Tag für die ganze
Familie in Remich.



Die 1. Mai-Rede des LCGB-Nationalpräsidenten finden Sie auf www.lcgb.lu oder scannen Sie den QR-Code.









**WEITERE
FOTOS IN DER
FRANZÖSISCHEN
VERSION**

A woman in a dark blue business suit and light blue shirt is smiling and signing a document with a black pen. The background is a soft-focus office setting. A large green circle is overlaid on the left side of the image, containing the text 'Kollektivverträge' in white, bold, sans-serif font, flanked by two white diagonal lines.

Kollektiv- verträge



Hyosung S.A.

Unterzeichnung am 24. Februar 2024
Gültig vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2027

Errungenschaften:

- Lohnerhöhung über 3 Jahre;
- Aufwertung der Pensionierungsprämie;
- Verbesserung der Urlaubstage;
- Einführung einer Verantwortungsprämie.



Keter Luxembourg

Unterzeichnung im Februar 2025
Gültig vom 1. Juli 2024 bis 30. Juni 2027

Errungenschaften:

- Erhöhung der Monatsgehälter für
 - » alle „ehemaligen Arbeiter“ je nach Dienstalter;
 - » Büroangestellten je nach Leistung;
- Erhöhung der vierteljährlichen Anwesenheitsprämie;
- Erhöhung des Arbeitgeberanteils an den Essensgutscheinen;
- Erhöhung des Wertes des Geschenkgutscheins für die Geburt oder Adoption eines Kindes;
- Einführung einer Sicherheitsprämie;
- Einführung zusätzlicher Urlaubstage nach Betriebszugehörigkeit;
- Erweiterung der Zeitfenster für Beschäftigte mit gleitender Arbeitszeit.

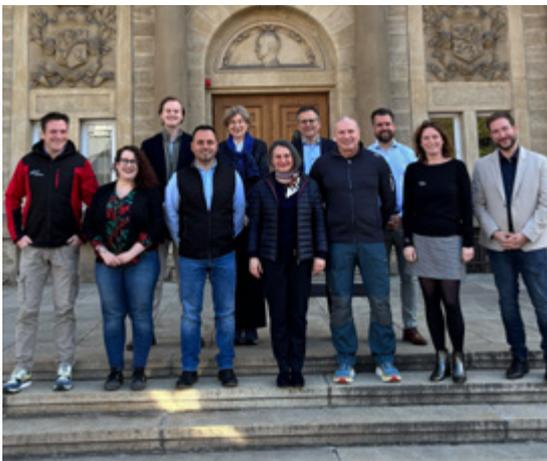


Astron Buildings

Unterzeichnung im März 2025
Gültig für ein Jahr

Errungenschaften:

- Erhöhung der Essensgutscheine;
- ein zusätzlicher Tag Jahresurlaub;
- Indexierung der Dienstalterszulage;
- einen anteiligen 13. Monat, auch für Arbeitnehmer.



Lycée Privé Emile Metz (LPEM)

Unterzeichnung am 31. März 2025
Gültig vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2026

Errungenschaften:

- einmalige Prämie von 1.370 € die 2025 ausbezahlt wird;
- lineare Tarifierhöhung zum 1. Januar 2025;
- Einführung flexibler Arbeitszeiten;
- 100 %ige Bezahlung von Lehrkräften während des Referendariats;
- Reduzierung des Wochenrahmens für Sportlehrkräfte von 26 auf 24 Unterrichtseinheiten;
- Verpflichtung zur Einführung neuer linearer Gehaltsstrukturen für alle Laufbahnen für den nächsten KV.



Groupe Pall Center

Unterzeichnung am 1. April 2025

Gültig vom 1. Januar 2025 bis 30. Dezember 2027

Errungenschaften:

- Erhöhung der Jahresendprämie auf 350 €;
- Dienstaltersgeschenk für jede 10-jährige Betriebszugehörigkeit von bis zu 3.250 €;
- Preisnachlässe von bis zu 30% im Supermarkt, im Café, in der Blumen- und Dekorationsabteilung, bei Textilien und Spielzeug;
- Möglichkeit von 7 Tagen Dienstaltersurlaub für 40 vollendete Dienstjahre;
- Sozialurlaub von 4 Perioden von je 2 Stunden pro Jahr.



Siemens S.A.

Unterzeichnung am 4. April 2025

Gültig vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2027

Errungenschaften:

- eine garantierte durchschnittliche Mindestlohnerhöhung von 0,50% pro Jahr für alle Mitarbeiter;
- Erhöhung der Essensgutscheine;
- Einführung einer zusätzlichen Krankenversicherung, die alle Mitarbeiter des Unternehmens sowie ihre jeweiligen Kinder abdeckt;
- Einführung eines Artikels über das Recht auf Abschalten.



Mondo Luxembourg S.A.

Unterzeichnung im April 2025

Gültig vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2027

Errungenschaften:

- lineare Erhöhung von 0,30 €/h über die Dauer des Vertrags;
- Anpassung der Gehälter infolge der Erhöhung des SML;
- Aufwertung bestimmter Funktionen von Gruppe 3 nach Gruppe 4;
- Verbesserung der Lohnerhöhung beim Übergang von Gruppe 5 nach Gruppe 6;
- Einführung einer Vorteilskarte „Sympass“ ;
- Verbesserung der Leistungsprämie, insbesondere hinsichtlich der regelmäßigen Anwesenheitskriterien.



Gebäudereinigung

Unterzeichnung im April 2025

Gültig vom 1. Mai 2025 bis 30. April 2028

Errungenschaften:

- lineare Lohnerhöhungen von insgesamt 2,7 % über den gesamten Zeitraum;
- Gewährung eines zusätzlichen Urlaubstages in Abhängigkeit von der Betriebszugehörigkeit;
- mehrere Klarstellungen zum Arbeitsrhythmus.



HGK Dry Bulk Shipping Lux S.à.r.l.

Unterzeichnung am 7. Mai 2025
Gültig vom 1. Mai 2025 bis 30. September 2027



Errungenschaften:

- neue Lohngruppenstruktur;
- durchschnittliche Erhöhung der Lohnmasse von 8%;
- Einführung einer neuen Laufbahn des Schiffführers-Nachwuchses;
- neue Modelle für die Arbeitszeitverkürzung;
- Einführung neuer Zulagen, wie die Ausbilderzulage und die Verantwortungszulage;
- Erhöhung verschiedener Zulagen;
- Einführung von zusätzlichem Urlaub aufgrund des Alters und der Betriebszugehörigkeit.



Große Demo am 28. Juni: Weil deine Arbeit auch weiterhin anständig bezahlt sein muss!

Wir sind an einem Wendepunkt angelangt: Während die Welt, wie wir sie kennen, ins Wanken gerät, greifen die luxemburgische Regierung und das Patronat unser Sozialmodell und unsere Errungenschaften frontal an.

Unsere Löhne werden angegriffen!

Durch den Angriff auf die Kollektivvertragsrechte der Gewerkschaften, versuchen Regierung und Arbeitgeber, unser Sozialmodell zu zerstören, und gefährden massiv unsere Lohnbedingungen!

Die Verabschiedung der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der EU wurde von den beiden Gewerkschaften begrüßt, da sie darin eine Chance sehen, die Kollektivverträge in Luxemburg zu stärken und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern.

Allerdings können LCGB und OGBL nur mit Bedauern feststellen, dass der Arbeitsminister sich dem Patronat anschließt, um die Kollektivverträge bedeutungslos zu machen, und zwar nicht nur durch die Infragestellung des exklusiven Rechts auf Unterzeichnung der Kollektivverträge durch die auf nationaler Ebene repräsentativen Gewerkschaften, sondern auch durch die Infragestellung inhaltlicher Elemente wie der Arbeitszeit.

Diese Reform ist ein Frontalangriff auf die grundlegendsten Rechte und Errungenschaften aller Arbeitnehmer in Luxemburg! Sie bringt alle wichtigen sozialen Errungenschaften, für die die Gewerkschaften gekämpft haben, in große Gefahr.

Deshalb sei mit dabei
am 28. Juni,
informiere und mobilisiere
deine Kollegen und
Freunde, sei aktiv!

LCGB Einschreibung via

✉ pooladmin@lrgb.lu
 ☎ +352 49 94 24-224/-226/-307
 oder via QR Code





Unternehmen



BUSSEKTOR

Nach einer Ruhephase wieder Aggressionen!

Der LCGB, Mehrheitsgewerkschaft im Transportsektor, möchte sein tiefes Bedauern und seine Empörung über die jüngste Aggression gegen einen Busfahrer auf der RGTR-Linie zwischen Luxemburg und Villerupt (FR) zum Ausdruck bringen. Der LCGB ruft alle Unternehmen des Sektors auf, sofortige und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Arbeitnehmer vor jeglicher Form von Gewalt, sei sie physisch oder verbal, zu schützen.

Ein inakzeptables Klima der Angst und Unsicherheit

Die Aussagen der Fahrer, die ein Klima der Angst, des Stresses und der Unsicherheit beschreiben, sind inakzeptabel. Die verbalen und körperlichen Angriffe, von denen einige ärztlich behandelt werden mussten, zeigen eine kritische Situation auf, die schon viel zu lange andauert. Es ist nicht hinnehmbar, dass Arbeitnehmer, darunter auch Frauen, bei der Ausübung ihrer Tätigkeit ständig solchen Risiken ausgesetzt sind.

Eine problematische Strecke, unzureichende Lösungen

Die Strecke Luxemburg-Villerupt wird seit Jahren als „Problemstrecke“ bezeichnet. Dennoch sind die Maßnahmen, die zum Schutz der Fahrer ergriffen wurden, unzureichend und konkrete Aktionen lassen auf sich warten.

Zur Erinnerung: Anlässlich eines Lenkungsausschusses Sicherheit im öffentlichen Transport im November 2021 hatte der LCGB vom Mobilitätsministerium ein Budget für die Installation von Sicherheitskabinen zum Schutz des Fahrpersonals gefordert und erhalten. Obwohl heute 43% der RGTR-Flotte mit solchen Vorrichtungen ausgestattet sind, ist dies noch immer unzureichend.

Der LCGB fordert eine sofortige Beschleunigung bei der Einführung dieser Ausrüstung, wobei die am stärksten gefährdeten Strecken, insbesondere Villerupt, Longwy und Mont-Saint-Martin, Vorrang haben sollten.



Ein entscheidender Schritt dank des Engagements des LCGB und der französischen Behörden

Dank des unermüdlichen Einsatzes des LCGB wurden am 24. März 2025 von den französischen Behörden gezielte Aktionen durchgeführt, um den besorgniserregenden Aggressionen gegen Busfahrer in den grenzüberschreitenden Gebieten entgegenzutreten. Diese Maßnahmen umfassten verstärkte Kontrollen in sensiblen Bereichen und eine verstärkte Überwachung auf den grenzüberschreitenden Strecken.

Der LCGB ist erfreut, dass diese Maßnahmen schnell und effizient umgesetzt wurden. Der LCGB unterstreicht außerdem die Bedeutung einer kontinuierlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, um eine optimale Sicherheit für Fahrer und Fahrgäste zu gewährleisten.

Perspektiven für die Zukunft

Die in dieser Woche durchgeführten Kontrollen sind nur der Anfang. Die französischen Behörden haben angekündigt, dass sie diese Aktionen regelmäßig wiederholen werden, um Übergriffen vorzubeugen und eine sichere Umgebung für alle zu gewährleisten. Parallel dazu verpflichtet sich der LCGB, seine Forderungen weiter zu verfolgen, damit dauerhafte Lösungen eingeführt werden, wie zum Beispiel:

1. **Schnelle Installation von Sicherheitskabinen** in allen Bussen, die auf gefährdeten Linien verkehren.
2. **Verstärkte Präsenz von Ordnungskräften** an Bushaltestellen in sensiblen Bereichen zur Abschreckung von Übergriffen.
3. **Verstärkte Kontrollen und Sicherheitsmaßnahmen** in den Fahrzeugen und an den Haltestellen auf französischer Seite.
4. **Verstärkte Fortbildungen** für Fahrer zum Umgang mit Konflikten und angespannten Situationen.
5. **Systematische psychologische Betreuung** für Fahrer, die Opfer von Aggressionen oder chronischem Stress sind.
6. **Verstärkter Dialog und grenzüberschreitende Zusammenarbeit** zwischen den luxemburgischen und französischen Behörden, um die Sicherheit von Fahrern und Fahrgästen zu gewährleisten.

Ein Aufruf zu Wachsamkeit und Solidarität

Der LCGB erinnert daran, dass die Sicherheit der Busfahrer nicht ohne eine kollektive und gemeinsame Zusammenarbeit gewährleistet werden kann.

Schließlich bedankt sich der LCGB herzlich bei den französischen Behörden für ihre beispielhafte Reaktionsfähigkeit und ihr Engagement, partnerschaftlich an der Lösung dieser Problematik zu arbeiten.



AUTONOME FAHRZEUGE

Der LCGB ruft zu einem Sozialdialog über Garantien zugunsten der Arbeitnehmer im Transportsektor auf!

Der LCGB, Mehrheitsgewerkschaft im Transportsektor, nimmt die Ankündigung zur Kenntnis, dass selbstfahrende Autos auf luxemburgischen Straßen getestet werden sollen. Während dieser technologische Fortschritt eine Chance für die Mobilität darstellen kann, wirft er wesentliche Fragen über die Zukunft der Arbeitnehmer im Transportsektor auf.

Bedenken hinsichtlich der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen

Die Einführung von autonomen Fahrzeugen wirft wichtige Fragen über die Zukunft der Berufsfahrer auf. Der LCGB befürchtet, dass diese Technologie zu einem signifikanten Abbau von Arbeitsplätzen führen wird, was die wirtschaftliche Stabilität vieler Arbeitnehmer und ihrer Familien gefährden würde. Darüber hinaus erfordert der Übergang zu einer

solchen Technologie eine gründliche Reflexion über die Umschulung und Weiterbildung der betroffenen Arbeitnehmer.

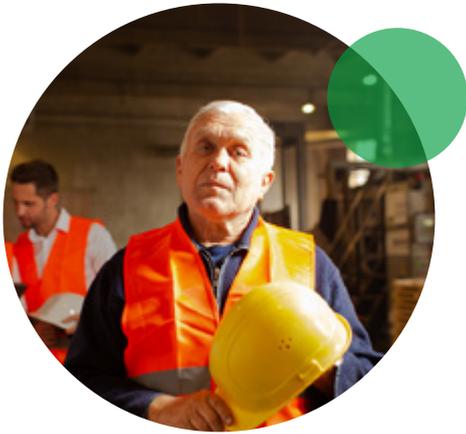
Aufruf zu einem integrativen Sozialdialog

Der LCGB ruft daher die Regierung und die beteiligten Unternehmen dazu auf, schon heute einen integrativen Sozialdialog einzurichten, um die Folgen der Automatisierung im Transportsektor zu antizipieren und zu bewältigen. Bereits heute ist es wichtig, proaktive Maßnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen zu ergreifen, wie z.B. Ausbildungs- und Umschulungsprogramme sowie Garantien für die Aufrechterhaltung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Errungenschaften, um die Prekarisierung der betroffenen Arbeitnehmer in der Zukunft zu vermeiden.

Notwendigkeit einer angemessenen Regulierung

Darüber hinaus betont der LCGB die Notwendigkeit einer klaren Regelung für den Einsatz von autonomen Fahrzeugen, insbesondere in Bezug auf die Sicherheit der Nutzer, die Haftung bei Unfällen und die ethischen Normen, die mit dem Einsatz dieser Technologien verbunden sind.

Innovation dürfe nicht mit Arbeitsplatzabbau gleichgesetzt werden. Daher fordert der LCGB die Regierung und die beteiligten Unternehmen auf, einen konstruktiven sozialen Dialog zu eröffnen, um einen fairen und gerechten technologischen Übergang zu gewährleisten.



LIBERTY STEEL DUDELANGE

LCGB und OGBL fordern eine Dringlichkeitssitzung, um den stillen Tod des Standorts zu verhindern!

Der offizielle Rückzug der türkischen TO-SYALI-Gruppe aus dem Übernahmeprozess von Liberty Steel Dudelange, der am 7. Mai vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium bestätigt wurde, ist ein weiterer schwerer Schlag für die rund 150 Beschäftigten des Standorts. Nach Jahren der Versprechungen, Erwartungen und falschen Hoffnungen herrscht nun völlige Enttäuschung.

Dieser erneute Rückschlag stürzt die Beschäftigten in tiefe Verzweiflung. Sie allein zahlen heute den Preis für eine Reihe von schlechten politischen und industriellen Entscheidungen: den von der EU-Kommission erzwungenen Verkauf von ArcelorMittal an Liberty, den Zusammenbruch von Liberty Steel und dessen Insolvenz und schließlich das Scheitern des Verkaufsprozesses. In jeder Phase wurden Versprechen gemacht, und jedes Mal wurden sie gebrochen.

Heute weicht die Enttäuschung Wut und einer sehr realen Angst: die Angst vor einem stillen Tod des Standorts Dudelange, ohne dass eine konkrete Lösung gefunden wird. Die Gewerkschaften lehnen es ab, dass die Beschäftigten Opfer dieses kollektiven Versagens werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein lebensfähiger Industriestandort untergeht.

Angesichts dieses katastrophalen Szenarios fordern OGBL und LCGB eine Dringlichkeitssitzung mit den Ministern für Wirtschaft und Arbeit. Es ist unerlässlich, dass sich alle betroffenen Parteien unverzüglich an einen Tisch setzen, um klare, konkrete und sofortige Lösungen für die Beschäftigten zu finden.

Die Gewerkschaften erinnern daran, dass sie bereits in der Vergangenheit die Einrichtung einer sektoralen Umschulungsstelle nach dem Vorbild der „CDR“ vorgeschlagen haben, die im Rahmen der Tripartite-Gespräche in der Stahl- und Luftfahrtindustrie erfolgreich eingesetzt

wurden. Diese Stelle würde es ermöglichen, die Beschäftigten durch gezielte Unterstützung in Arbeit zu halten: Leiharbeit, Umschulung, Weiterbildung, individuelle Betreuung. Diese Einrichtung existiert, funktioniert und muss hier unverzüglich aktiviert werden.

Über die Arbeitnehmer hinaus steht auch die industrielle Zukunft des Landes auf dem Spiel. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die bedrohten Produktionsmittel zu erhalten, insbesondere wenn ihre Rentabilität nachgewiesen ist. Luxemburg kann es sich nicht leisten, sein Know-how zu verlieren oder seine industriellen Kapazitäten in Gleichgültigkeit erodieren zu lassen.

Untätigkeit ist keine Option mehr. Die Beschäftigten von Liberty Steel Dudelange fordern, dass die eingegangenen Verpflichtungen endlich in Taten umgesetzt werden. Sie verlangen, dass sie gehört, respektiert und vor allem unterstützt werden.

Kundgebung der Arbeitnehmer von Liberty Steel Dudelange

Nach sechs Monaten der Ungewissheit und ohne klare Sicht auf ihre Zukunft sind die Arbeitnehmer von Liberty Steel Dudelange am Ende ihrer Kräfte. Im Rahmen einer Versammlung am 22. April 2025 vor dem Wirtschaftsministerium plädierten sie für:

- ein konkreteres Eingreifen der Regierung, um die Übernahme des Standorts zu erleichtern und zu beschleunigen;
- Lösungen zur Unterstützung der Arbeitnehmer in dieser Übergangszeit;
- Garantien für die Zukunft der Industrieanlagen und der Beschäftigung in Dudelange

Seit der Konkurerklärung des Unternehmens im Dezember 2024 sind die 150 verbleibenden Beschäftigten weiterhin für die Wartung

und Sicherheit des Standorts zuständig und sind gezwungen, anderswo Arbeit zu suchen oder sich arbeitslos zu melden, obwohl ihnen theoretisch eine Stelle versprochen wurde. Es wurde zwar ein Käufer gefunden, aber der Verkaufsprozess dauert zu lange, was die Unsicherheit der Angestellten noch verstärkt, die sich in dieser Übergangsphase vergessen fühlen.

Luxemburg sieht sich mit einer Situation konfrontiert, für die weder der gesetzliche Rahmen noch die Instrumente des Krisenmanagements wirklich geeignet sind. Dieser Übergang zwischen Konkurs und Übernahme offenbart eine Lücke, die dringend geschlossen werden muss. Die Zeit drängt. Die Arbeitnehmer verdienen Antworten.





STAHLINDUSTRIE

Protestaktion des Europäischen Betriebsrates bei ArcelorMittal – Die Zukunft des luxemburgischen Stahlstandorts muss durch den Sozialdialog gesichert werden.

Am 21. Mai 2025 fand eine Protestaktion des Europäischen Betriebsrates von ArcelorMittal vor dem luxemburgischen Sitz von ArcelorMittal statt. Konkret ging es dabei um die Bedrohung von fast 2.000 europäischen Arbeitsplätzen und der mangelnden Kommunikation von ArcelorMittal, wie der Europäische Betriebsrat in einer am 21. Mai veröffentlichten Pressemitteilung bekannt gibt.

Der LCGB bekundet seine Solidarität mit den Aktionen der französischen und belgischen Kollegen gegen diese Entscheidung zur Verlagerung von Aktivitäten.

Der LCGB setzt sich seit vielen Jahren für die Fortsetzung eines echten Sozialdialogs ein, der es dank der tripartiten Vereinbarung in der Stahlindustrie ermöglicht hat, die Wirtschaftstätigkeit und die Arbeitsplätze im Land zu erhalten und über all die Jahre hinweg sie sogenannten „LUX-Pläne“ wie den derzeit

noch geltenden LUX 2025 zu entwickeln. Dank dieser Vereinbarungen gab es während der Umstrukturierungsphase der Stahlindustrie des Landes KEINE Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen. Jede Partei hat ihre Rolle voll und ganz wahrgenommen: der Staat durch die Unterstützung sozialer Begleitmaßnahmen, die Unternehmen durch Investitionen, die den Fortbestand der Standorte sichern, und die Gewerkschaften durch die Begleitung von Projekten, die die Arbeitsplätze, die Erhaltung der bestehenden Strukturen, die Löhne und die Rechte der Arbeitnehmer garantieren.

Angesichts dieser Situation fordert die LCGB die Aufnahme von Gesprächen, um die Dreiergespräche zur Stahlindustrie über das Jahr 2025 hinaus fortzusetzen. Nur ein echter Sozialdialog kann wie bereits in der Vergangenheit auch die Zukunft des Stahlstandorts in Luxemburg sichern.



SOZIALE FORTSCHRÉTT DIGITAL

Ab sofort können Sie das „Soziale Fortschrétt“ auch oder ausschließlich per E-Mail erhalten.

So ändern Sie Ihr Abonnement:

- » besuchen Sie die Rubrik „Aktuell“ auf lcbg.lu, dann das Menü „Soziale Fortschrétt digital“ und füllen Sie das entsprechende Formular aus
- » oder scannen Sie den folgenden QR-Code, um das Formular auszufüllen



SEKTOR BEWACHUNG UND SICHERHEIT

LCGB und OGBL sind über den Angriff auf einen Sicherheitsbeamten empört - Null Toleranz gegenüber Aggressionen!

Die beiden repräsentativen Gewerkschaften im Sicherheitssektor, der OGBL und der LCGB, verurteilen den jüngsten Angriff auf einen Sicherheitsbeamten aufs Schärfste. Sie fordern alle Unternehmen des Sektors auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Beschäftigten vor körperlicher oder verbaler Gewalt zu schützen.

Obwohl sich die Sicherheitsbeamten der Risiken ihres Berufs bewusst sind, gehört es nicht „zu ihrem Job“, angegriffen zu werden, und diese Art von Handlungen ist nicht tolerierbar. Jegliche Gewalt gegen Sicherheitsbeamte muss mit äußerster Strenge behandelt werden.

Wesentliche Dienste, die Schutz und Respekt verdienen

Sicherheitsbeamte spielen eine wesentliche Rolle in unserer Gesellschaft. Im Gegenzug müssen sie ein sicheres und respektvolles Arbeitsumfeld genießen. Die Gewerkschaften fordern alle Arbeitgeber im Sicherheitssektor auf:

1. Einen „Null-Toleranz“-Ansatz gegenüber Übergriffen zu verfolgen: Eine klare Botschaft senden, dass jegliche Gewalt gegen Bedienstete inakzeptabel ist.
2. Den gesetzlichen Rahmen stärken: Die Gewerkschaften betonen die Notwendigkeit strengerer Gesetze, um Übergriffe mit aller Härte zu bestrafen.
3. Den Beruf aufwerten: Während der Pandemie wurde den Sicherheitskräften eine entscheidende Rolle zuerkannt. Diese Anerkennung muss sich in verbesserten Arbeitsbedingungen und einer ihrem Beitrag angemessenen Vergütung niederschlagen.

Verantwortung der Arbeitgeber

Arbeitgeber sind gesetzlich verpflichtet, die Gesundheit und Sicherheit ihrer Beschäftigten zu gewährleisten. Um dies zu erreichen, müssen sie:

- Risiken an der Quelle ermitteln und vermeiden;
- die Arbeitsplätze anpassen (Ergonomie, Ausrüstung, Methoden);
- die Prävention planen und konkrete Maßnahmen zur Beseitigung oder Minimierung der Risiken umsetzen.

Verstärkte Zusammenarbeit in der Branche

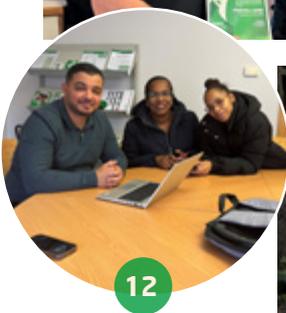
Die beiden Gewerkschaften fordern die Sicherheitsunternehmen, ihre Kunden und alle Akteure der Branche auf, zusammenzuarbeiten, um:

- Verstärkte Schulungen in Konfliktmanagement und Risikobewusstsein anzubieten;

- Daten über Übergriffe zu analysieren, um diese Vorfälle besser zu verstehen und zu verhindern;
- Schutzmittel bereitzustellen, die für sensible Umgebungen geeignet sind.

Schließlich rufen die Gewerkschaften alle Beteiligten auf, sich gemeinsam für die Verbesserung der Sicherheitsstandards und der Arbeitsbedingungen in der Branche einzusetzen. Sie betonen, dass der Kampf gegen die Aggressionen nur mit einem kollektiven Ansatz und einem festen Willen zum Schutz der Sicherheitsbeamten, die täglich für unsere Sicherheit sorgen, erfolgreich sein kann.







Arbeits Sitzungen

- 1 Ecole Européenne I
- 2 LCGB-Bau & Handwerk
- 3 E-Clean
- 4 PC Tank
- 5 Demy Schandeler
- 6 Südgemeinden
- 7 LCGB-Öffentlicher Dienst
- 8 Vorstand LCGB-Gesundheit, Pflege & Sozialpädagogik
- 9 WISAG
- 10 Vossloh Cogifer Kihn
- 11 Hyosung Luxembourg
- 12 ISS Facility Services
- 13 Lehrlinge bei Euro-Composites
- 14 LCGB-ACAP & LCGB-CNSG
- 15 Kuehne + Nagel
- 16-19 LCGB-ASG
- 20 Stadt Grevenmacher
- 21 M2T
- 22 Lamesch
- 23 Vorstand LCGB-Bau & Handwerk
- 24 LCGB-ACAP



LCGB-GEBÄUDEREINIGUNG

Weiterbildung in Reinigungspraktiken und technologischen Innovationen.

Der LCGB hat für die Beschäftigten der Reinigungsfirma Boma eine Weiterbildung organisiert. Diese bot die Möglichkeit, mehrere wesentliche Aspekte der professionellen Reinigung zu erkunden. Sie umfasste die sichere Verwendung von Reinigungsmitteln, wobei die richtige Dosierung, die korrekte Handhabung und die Risiken einer unsachgemäßen Verwendung, insbesondere gefährliche Mischungen und das Tragen von Handschuhen, im Vordergrund standen.

Auch die Digitalisierung bei der Arbeit wurde thematisiert, so werden inzwischen Erklärungen vor Ort durch Schulungsvideos ersetzt und Fernschulungen über Techniken, Dosierungen und der Verwendung der Geräte durchgeführt. Schließlich wurde in der Fortbildung der Einsatz von Reinigungsrobotern für große Flächen vorgestellt, wobei jedoch auch auf ihre Grenzen hingewiesen wurde, die zusätzliche menschliche Eingriffe erforderlich machen. Die Zusammenarbeit zwischen Menschen und Maschine ist daher von entscheidender Bedeutung, um optimale Ergebnisse zu erzielen.

Die Weiterbildung bot ein umfassendes und praxisorientiertes Lernen für mehr Effizienz und Sicherheit vor Ort.

Das Reinigungsgewerbe wird aufgrund der steigenden Anforderungen der Kunden, der strengen Vorschriften, der Vielfalt der Produkte und Materialien und der zunehmenden Digitalisierung immer komplexer. Der LCGB setzt sich daher für eine angemessene Ausbildung der Arbeitnehmer ein.

Für den LCGB ist die Professionalisierung des Sektors von entscheidender Bedeutung. Dies beinhaltet Schulungen über Techniken, Produkte und technologische Entwicklungen, die Standardisierung von Produkten und Maschinen und die Anerkennung der Fachkenntnisse der Reinigungskräfte.

Das Wohlbefinden und die Wertschätzung der Reinigungskräfte sind ebenfalls von größter Bedeutung, indem man den Reinigungskräften die richtigen Mittel und Materialien zur Verfügung stellt und gleichzeitig ihre Arbeitsbedingungen respektiert.



LEISTUNGEN DES LCGB



VERSTÄRKTE HOTLINE DES LCGB

Sie haben Fragen zum Arbeits- und Sozialrecht?

Unsere Hotline ist morgens zwischen 8:00 und 8:30 Uhr verstärkt für Sie da. In diesem Zeitraum stehen Ihnen alle Info-Center-Berater telefonisch zur Verfügung. Selbstverständlich ist unsere Hotline wie bisher montags bis freitags von 8:00 bis 12:00 und 13:00 bis 17:00 Uhr erreichbar:

HOTLINE +352 49 94 24-222

Der LCGB bietet kostenlose Beratungen und Informationen in verschiedenen Sprachen zur Kranken- und Mutterschaftsversicherung, zum Thema Arbeitslosigkeit und berufliche Wiedereingliederung, den Familienleistungen, der Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherung, der Unfallversicherung sowie der Sozialversicherung und -fürsorge.

Bei hohem Telefonaufkommen haben Sie die Möglichkeit, eine Nachricht zu hinterlassen. Wir werden uns so schnell wie möglich um Ihre Anfrage kümmern!

PATIENTE VERTRIEDUNG ASBL

Die Patiente Verriedung Asbl (PVL) ist eine unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die sich im Gesundheitssystem zurechtfinden wollen. Unsere Hauptaufgabe ist es, Patienten über ihre Rechte und Pflichten zu informieren und sie dabei zu unterstützen, diese auch wahrzunehmen.

Wir nehmen uns Zeit, um gemeinsam mit Ihnen Ihre Situation zu analysieren, nächste Schritte zu überlegen und Ihnen zu helfen, die passenden Ansprechpartner zu finden – sei es bei der Krankenkasse, im Krankenhaus oder bei Behörden. Wir erklären medizinische und rechtliche Begriffe, helfen bei der Vorbereitung auf Arzttermine, unterstützen bei der Klärung offener Fragen und prüfen Ihre Arztrechnungen.

Unsere Beratung ist kostenlos, vertraulich und unabhängig. Wir verstehen uns als Stimme der Patienten und bringen die Probleme, die uns im Beratungsalltag begegnen, auch an die Politik heran.

Was wir nicht machen: Wir stellen keine Diagnosen, geben keine medizinischen Zweitmeinungen, vereinbaren keine Arzttermine und vertreten Sie nicht rechtlich.

☎ (+352) 49 14 57-1 | Dienstag bis Donnerstag, 9:00–11:30 Uhr und 14:00–16:00 Uhr
📍 1-B, rue Thomas Edison | L-1445 Strassen
☎ (+352) 49 14 58
✉ info@patienteverriedung.lu

KONTAKT- STELLEN

Bei Fragen, kontaktieren Sie:



LCGB Services

Fragen zu unseren Leistungen

☎ +352 49 94 24-600
🕒 Montag bis Freitag
8:00 – 12:00 & 13:00 – 18:00 Uhr
✉ services@lrgb.lu



LCGB Mitgliederverwaltung

Änderung Ihrer Kontaktdaten

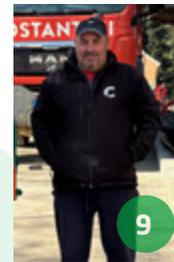
☎ +352 49 94 24-421
🕒 Montag bis Freitag
8:00 – 12:00 & 13:00 – 18:00 Uhr
✉ membres@lrgb.lu



LCGB Info-Center

Beratung und Information

☎ +352 49 94 24-222
🕒 Montag bis Freitag
(außer mittwochnachmittags)
8:30 – 12:00 & 13:00 – 17:00 Uhr
☎ Hotline
8:00 – 12:00 & 13:00 – 17:00 Uhr
✉ infocenter@lrgb.lu





21



22



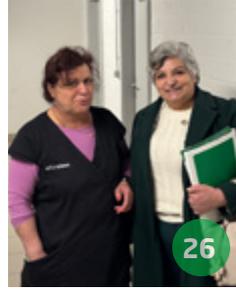
23



24



25



26



27



28



29



30



31



32



33

Verteilaktionen

- 1 Wallenborn
- 2-3 Action
- 4 Porsche Zenter
- 5 Circle K
- 6 Scandia
- 7-16 Mobilisierung im Sektor Bau & Handwerk
- 17 CFL multimodal
- 18-20 Mobilisierung im Sektor Dienstleistungen & Handel
- 21 Voyages Ecker
- 22 WISAG
- 23-24 Tour bei Dussmann Services
- 25-26 CForClean
- 27 LCGB-Gebäudereinigung
- 28 Dussmann Lavador
- 29 Samsic
- 30-31 ABSC
- 32 Atalian
- 33 ISS Facility Services



**LCGB-Community,
Grenzgänger &
besondere Strukturen**

TREFFEN MIT DEM FEDERAL-SEKRETÄR DER CSC

Am 7. März 2025 haben der Generalsekretär und der Gewerkschaftssekretär des LCGB, den Federalsekretär der CSC, Yannick VINCENT, getroffen.



Bei diesem Austausch wurden mehrere Themen angesprochen, insbesondere die Bedeutung der belgischen Grenzgängerkommission und die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewerkschaften.

TREFFEN DER GRENZGÄNGERKOMMISSIONEN

Am 13. März 2025 traf sich die französische Grenzgängerkommission in der LCGB-Zentrale, um eine Bilanz der aktuellen Lage zu ziehen.

In diesem Zusammenhang fand am 18. März 2025 auch ein Treffen mit der deutschen Grenzgängerkommission des LCGB statt, die diese Gelegenheit nutzte, um einen Informationsabend zum Thema Renten in Trier zu organisieren.

Bei beiden Treffen wurden auch Einzelheiten zum 1. Mai in Remich und zur großen nationalen Demonstration am 28. Juni 2025 bekannt gegeben, einem wichtigen Datum im Kampf für die Rechte aller Arbeitnehmer in Luxemburg.



Französische Grenzgängerkommission



Deutsche Grenzgängerkommission

WEITERBILDUNG: HERAUSFORDERUNGEN DER GRENZÜBERSCHREITENDEN ARBEIT

Am 18. Februar 2025 haben sich die französischen, belgischen und deutschen Grenzgängerkommissionen des LCGB im CEFOS in Remich zu einer Weiterbildung über die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Arbeit versammelt. Die Sitzung wurde vom Generalsekretär des LCGB, eingeleitet, der auf die Problematik der Grenzgänger einging. Er betonte die Wichtigkeit dieses Treffens, um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kommissionen zu stärken.



Der stellvertretende Verantwortliche des Info-Centers, erklärte anschließend, welche Vorgehensweise im Krankheitsfall zu beachten ist. Zum Schluss hat der stellvertretende Gewerkschaftssekretär des LCGB, die jüngsten Statistiken sowie die Bedürfnisse der verschiedenen Grenzbüros des LCGB vorgestellt. Die Teilnehmer stellten ihre Fragen und erhielten ausführliche Antworten.

Entdecken Sie alle Ausflüge und Veranstaltungen des LCGB in unserem Kalender auf www.lcgb.lu oder scannen Sie den QR-Code.



LCGB-COMMUNITY: BESUCH DER PETRUSS-KASEMATTEN

Am 20. März 2025 organisierte die LCGB-Community einen Besuch der Petrus-Kasematten in Luxemburg-Stadt, ein Ausflug, der durch einen glücklichen Zufall mit dem ersten Frühlingstag zusammenfiel. Zwanzig Mitglieder haben an diesem sonnigen Tag an der Entdeckung dieser emblematischen Stätte des luxemburgischen Kulturerbes teilgenommen.



LCGB-RENTNERKOMMISSION



Planung der zukünftigen Veranstaltungen

Die Kommission der LCGB-Rentner hat sich am 27. Februar 2025 in der Zentrale getroffen, um sich über die Aktualität und die kommenden Ereignisse auszutauschen.

Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Vorstellung der verschiedenen Ausflüge und Veranstaltungen, die in diesem Jahr geplant sind, wie zum Beispiel die Feier zum 1. Mai.

Austausch über die Pflegeversicherung

Im Rahmen einer Informationssitzung am 9. April 2025 hatte die LCGB-Rentnerkommission das Vergnügen, sich mit Pascale KOLB, Vertreterin der Administration d'évaluation et de contrôle de l'assurance dépendance (AEC), sowie mit Loïc LIMANTOUR, Vertreter der Stéftung Hëllef Doheem, auszutauschen.

Dieses Treffen ermöglichte es, das Verständnis für die Funktionsweise der Pflegeversicherung in Luxemburg zu vertiefen, die Bewertungsverfahren zu klären und die den Pflegebedürftigen angebotenen Leistungen zu diskutieren.

Der LCGB bedankt sich herzlich bei Frau KOLB und Herr LIMANTOUR für ihr Fachwissen und ihre Verfügbarkeit während dieses Austauschs.

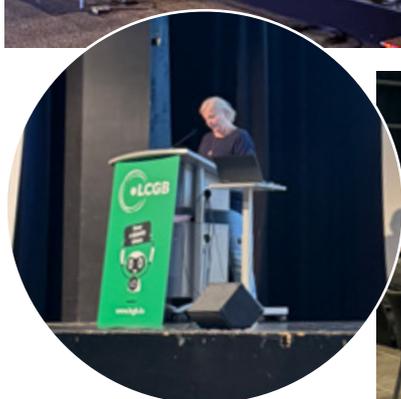


INFORMATIONSNABENDE ÜBER DIE STEUERERKLÄRUNG FÜR GRENZGÄNGER

Im März 2025 fanden in Thionville (F), Merzig (D) und Arlon (B) Informationsabende zur Steuererklärung in Luxemburg statt. Auch in diesem Jahr waren die Veranstaltungen wieder sehr gut besucht und ein voller Erfolg.



THIONVILLE



ORSCHOLZ



ARLON



3-MONATIGES GRATIS-ABONNEMENT* FÜR TAGEBLATT UND/ODER LE QUOTIDIEN

- ✓ Unbegrenzter Zugang zur **WEBSEITE**
- ✓ Täglich die digitale Version der **ZEITUNG**
- ✓ **WOCHENENDAUSGABE** und **TEILAUFGABE DER REVUE** jeden Samstag frisch gedruckt in deinem Briefkasten

+352 54 71 31-1

abo@editpress.lu

JETZT REGISTRIEREN

<https://lqgb.editpress.lu>



*Das Angebot ist kostenlos, ohne Kaufzwang und gilt ausschließlich für LCGB-Mitglieder





NACHRUF

Der LCGB trauert um seinen lang-jährigen Generalsekretär, Nationalpräsidenten und Ehrennationalpräsidenten Marcel GLESENER

Mit unendlicher Tatkraft, Weitsicht und hohem Sachverstand hat sich unser geschätzter Kollege Marcel seit seinem Beitritt zum LCGB am 1. April 1958 für die Interessen der Arbeitnehmer eingesetzt.

Auf betrieblicher Ebene war der gelernte Maschinenschlosser zuerst als gewerkschaftlich formierter Militant Mitglied des Krankenkassen-, des Abteilungs- und des Hauptausschusses von ARBED Belval tätig. Zeitgleich war er bei den LCGB-Lo-kalsektionen Esch/Uelzecht und Beles aktiv.

Ab dem 1. Februar 1968 trat er als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär in den Dienst des LCGB und widmete sich zunächst der Betreuung des Bezirks Osten-Zentrum des LCGB sowie verschiedener Mittelbetriebe. Zu seinen ersten gewerkschaftlichen Erfolgen zählten u.a. die Verhandlung des 1. Kollektivvertrags für Monsanto-Echternach oder DuPont de Nemours.

Nachdem er Anfang der 1970er Jahre zuständig für die Beamten und Angestellten im LCGB wurde, erfolgte am 4. September 1974 schließlich die Ernennung zum Generalsekretär des LCGB. Zugleich übernahm er die Verantwortung für den Fachbereich Eisen- und Stahlindustrie, die Jugendbetreuung und die Redaktion des Verbandsorgans „Soziale Fortschritt“.

Im Zuge der Sozialwahlen 1979 wurde er als 1. LCGB-Vertreter Mitglied der Privatbeamtenkammer sowie der Pensionskasse und des Krankenkassenausschusses der Privatbeamten.

Am 3. März 1980 übernahm er die Nachfolge von Jean SPAUTZ als LCGB-Nationalpräsident, ein Amt das er bis zum 20. Januar 1996 ausübte. Er war zudem langjähriges Mitglied im Luxemburger Wirtschafts- und Sozialrat sowie im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union.

Wir werden unseren Kollegen Marcel und seine gewerkschaftlichen Verdienste in dankbarer Erinnerung behalten. Den Angehörigen spricht der LCGB seine aufrichtige Anteilnahme aus.



Der LCGB gibt mit tiefer Trauer den Tod unserer Kollegen Théodore MOLITOR, „Théid“ genannt, Willy STAUDT und Serge SANAVIA bekannt.

Théodore MOLITOR, „Théid“ genannt

Théid hat uns viele Jahre lang als engagiertes Mitglied des Gewerkschaftsausschusses LCGB-SESM unterstützt.

Willy STAUDT

Wir werden Willy für sein langjähriges Engagement als Vorstandsmitglied und ehemaliger Schatzmeister der Ortsgruppe Kaundorf/Harel in Erinnerung behalten.

Serge SANAVIA

Über viele Jahre hinweg hat Serge sein Engagement als Delegierter und Mitglied des Gewerkschaftsausschusses SESM unter Beweis gestellt.

Der LCGB bedankt sich für all die Jahre des Engagements und wird seine Kollegen in guter Erinnerung behalten. In dieser schweren Zeit spricht der LCGB den Familien und Freunden sein tiefstes Beileid aus.



GRATIS Grippeimpfung



LUXMILL
Mutuelle



Im Jahr 2025 bietet Ihnen LUXMILL Mutuelle, die Sterbekasse des LCGB, eine kostenlose Grippeimpfung an.

Schreiben Sie sich einfach vor dem 23. September 2025 ein (mit Ihrem vollständigen Namen, Ihre Mitgliedsnummer und Ihrer CNS-Matrikelnummer).

Die Impfung findet bei LUXMILL / Convention Center 5. Stock in Belval (4, rue Samuel Beckett L-4371 BELVAUX) statt.

Das Datum und die Uhrzeit werden Ihnen rechtzeitig mitgeteilt.

Einschreibung:

☎ + 352 49 94 24 - 224 / -226 / -228

✉ pooladmin@lrgb.lu | ou scannez le code QR



RENTEN

ERNEUT KÜRZEN?

KEINE OPTIM!N!

ES GIBT ANDERE LÖSUNGEN.

MEHR INFOS
AUF [CSL.LU](https://www.csl.lu)

YOU'LL
NEVER
WORK
ALONE.



CHAMBRE DES SALARIÉS
LUXEMBOURG